



Wissenschaftliche Politikberatung

Erfahrungen aus der Corona-Pandemie

Norbert Arnold

- › Ohne Wissenschaft und Forschung können Herausforderungen wie die Corona-Pandemie nicht bewältigt werden. Sie entwickeln konkrete Problemlösungsstrategien und stehen Politik und Gesellschaft mit Rat zur Verfügung.
- › In der wissenschaftlichen Politikberatung gibt es erheblichen Verbesserungsbedarf, der im Hinblick auf die nächsten Krisen und auf die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben in die Wege geleitet werden sollte.
- › Wissenschaftskommunikation und wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung hängen eng zusammen. Die Förderung von Open Science, einer wissenschaftlichen Grundbildung für alle und des Wissenschaftssystems insgesamt sind Meilensteine auf dem Weg in die Wissensgesellschaft.

Inhaltsverzeichnis

Wechselwirkungen zwischen Politik und Wissenschaft	2
Wissenschaftliche Politikberatung: Begriffsklärung	3
Was brauchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für gute Politikberatung?	4
Was brauchen Politikerinnen und Politiker für gute Politikberatung?	6
Wer sind Expertinnen und Experten?	7
Aus der Krise lernen	8
Literatur	9
Impressum	11

Wechselwirkungen zwischen Politik und Wissenschaft

Der „Bedarf an spezialisierter wissenschaftlicher Expertise“ war in der Corona-Krise groß. Im Hinblick auf die anstehenden Herausforderungen wird er weiter ansteigen. Deshalb ist es sinnvoll, die Erfahrungen aus der Corona-Krise als Grundlage für die Verbesserungen der wissenschaftlichen Politikberatung heranzuziehen.

Grundsätzlich ist ein weites Fächerspektrum in der Politikberatung gefragt, von Wirtschaftswissenschaften über Sozial- und Geisteswissenschaften bis hin zu den Natur- und Lebenswissenschaften. Wissenschaft ist ein gesellschaftliches Subsystem, an das in modernen „Wissens-Gesellschaften hohe Erwartungen gestellt werden: als Grundlage für Wachstum und Wohlstand und als ein Markenkern freier und offener Gesellschaften: „Wissenschaft trägt demokratische Verantwortung. Eine aufgeklärte Wissensgesellschaft und eine freie Wissenschaft werden erst durch Demokratie ermöglicht – und das heißt im Umkehrschluss, Wissenschaft muss Demokratie stützen und stabilisieren.“⁴² Diesem Grundgedanken müssen Politik und Wissenschaft gerecht werden.

Der Austausch zwischen Wissenschaft und Politik verläuft nicht immer reibungslos. Zu unterschiedlich sind die „Logiken“ der beiden Subsysteme. Deshalb ist es kaum verwunderlich, dass das Einwirken von Wissenschaft auf Politik immer wieder kritisiert wird.

Kritisiert wird zum Beispiel die „Eindringtiefe“ in politische Entscheidungen. Einigen Kritikerinnen und Kritikern geht der wissenschaftliche Einfluss nicht weit genug; sie fordern eine stärker evidenzbasierte Politik. Andere Kritikerinnen und Kritiker befürchten einen zu großen Einfluss auf die Politik und weisen auf die Schwachpunkte einer technokratischen oder szientistischen Politik hin. Letztlich lässt sich dieser Kritikpunkt nur mit Verweis auf die Aushandlung eines vernünftigen Mittelweges lösen, durch den Staat, Gesellschaft und Wissenschaft ein akzeptables Maß von wissenschaftlichen Fakten und Bewertungen in der Politik finden müssen.

Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die verschiedenen Rollen, die Wissenschaft im politischen Bereich einnimmt. Es muss unterschieden werden, ob Wissenschaft beratend oder als Interessenvertretung in eigener Sache auftritt. Wissenschaft braucht die Unterstützung der Politik, insbesondere zur Finanzierung und für die Gestaltung forschungsfreundlicher Rahmenbedingungen. Wissenschaft als Interessenvertretung in eigener Sache muss von den Aufgaben der Wissenschaft in der Politikberatung unterschieden werden, um Interessenkonflikte und Glaubwürdigkeitsverluste zu vermeiden. In der Rolle als Politikberatende sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht dem Eigeninteresse, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet.

Gesellschaftliches
Subsystem

Fakten und
Bewertungen

Beratung oder
Lobbyismus?

Mit Blick auf die zurückliegenden Monate stellt sich außerdem die Frage, ob die „richtigen“, das heißt relevanten Fachdisziplinen in der Politik gehört wurden. Die Beratungsintensität zu gesundheitlichen Aspekten nahm zu – auf Kosten anderer Disziplinen, zum Beispiel der Wirtschaftswissenschaften und der Bildungsforschung. Kritikerinnen und Kritiker bemängelten außerdem, dass oft nur ein kleiner – privilegierter – Kreis von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Beratung dominierten. Gab es zu Beginn der Pandemie nur wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die auch öffentlich Ratschläge erteilten, wurde im weiteren Verlauf die „Beratungsszene“ immer vielfältiger und breiter. Neben einzelnen Wissenschaftspersönlichkeiten wurden Beratungsgremien aktiv, zum Beispiel die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, der Deutsche Ethikrat und die von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen einberufene Beratungsgruppe zu Corona. Diese Gremien sind in der Regel interdisziplinär besetzt, sodass einer Engführung auf nur medizinische Aspekte entgegengewirkt werden konnte.

Breite
Beratungsszene

Wissenschaftlicher Rat stand also in einer großen Bandbreite zur Verfügung. Die wöchentlichen Pressekonferenzen mit dem Bundesgesundheitsminister und dem Präsidenten des Robert Koch-Instituts sind dafür ein medial vermitteltes Beispiel, das für viele Menschen zum festen Ritual in der Corona-Krise gehörte.

Wissenschaftliche Politikberatung: Begriffsklärung

Es gibt keine einheitliche und verbindliche Definition von „wissenschaftlicher Politikberatung“,³ zu unterschiedlich sind die Erwartungshaltungen. Folgende Beschreibung ist jedoch hilfreich:

Politikberatung „umfasst das Einbringen, Vermitteln und das argumentierende Adressieren von Tatsachen, Erfahrungen, Prognosen, Vergleichen, vertiefenden Analysen, von Sollenssätzen, Zielansprüchen, Maßnahmen, unterlegt durch Erwägungen und Begründungen (Beratungsanbieter) – gerichtet an die Beratungsnehmer, in der Regel politische Entscheidungsgremien und Behörden (...). Wissenschaftlich ist eine Beratung, wenn sich ihre Aussagen zur Sache und als Antworten auf Fragen auf transparente Ziele, angemessene Methoden und sachlich erhärtete Daten stützt, in ihren Äußerungen nachvollziehbar und kritisierbar ist sowie die geistige Auseinandersetzung mit anderen Aussagen zum gleichen oder einem vergleichbaren Gegenstand führt.“⁴

Begriffsbestimmung

Es geht also um „sachlich erhärtete Daten“, aber darüber hinaus um ihre Interpretation, die als hinterfragbar und damit als grundsätzlich „kritisierbar“ wahrgenommen wird. Das zu einfache und daher falsche Verständnis, Wissenschaft liefere (immer nur) eindeutige Fakten, die zu eindeutigen Folgerungen führten, wird hier zu Recht hinterfragt.

Aufgrund der Komplexität und Neuartigkeit der infrage stehenden Herausforderungen ist die wissenschaftliche Faktenlage oftmals schwach, sodass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler extrapolieren, ableiten und – insbesondere bei interdisziplinären Fragestellungen und unter Berücksichtigung des politisch Realisierbaren – bewerten müssen. Es spielen also nicht nur „reine Fakten“ eine Rolle, sondern auch Interpretationen, Schätzungen und Bewertungen – ohne dass wissenschaftliche Beratung in Beliebigkeit oder bloßes Meinen abgeleitet. Politikberatung muss daher, in Anlehnung an das „pragmatische Modell“, eher als ein interaktiver und iterativer Kommunikationsprozess verstanden werden,⁵ bei dem sowohl Wissenschaft als auch Politik einen aktiven Part übernehmen. Es geht nicht darum, dass Expertinnen und Experten Rat erteilen und Politikerinnen und Politiker den Rat umsetzen. Wissenschaftliche Politikberatung bedeutet vielmehr „verhandeltes Wissen“, bei dem Beratende und Entscheidende gemeinsam auf Basis der fachlichen Expertise über die Angemessenheit der zu

Interaktiver und
iterativer Kommuni-
kationsprozess

treffenden politischen Entscheidungen sprechen.⁶ Die unterschiedlichen Aufgaben der Akteure dürfen dabei nicht verwischt, Regeln, Standards und Zuständigkeiten müssen beachtet werden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass Wissenschaft nicht zum Spielball politischer Interessen wird.

Auch der Austausch innerhalb der Wissenschaft spielt eine zentrale Rolle: Dort, wo es keine Evidenzbasierung gibt, ist es notwendig, einen innerwissenschaftlichen Diskurs zu führen, der das fehlende gesicherte Wissen durch sachverständige Einschätzung ersetzt.⁷ Multidisziplinarität zeigt in der Politikberatung ihren besonderen Mehrwert.⁸

Häufig erfolgt Politikberatung nachfrageorientiert, das heißt Entscheidungstragende wenden sich mit einem bestimmten Problem an Expertinnen und Experten, die nach Beauftragung aktiv werden. Aber es gibt auch eine „angebotsorientierte“ Politikberatung, in der Expertinnen und Experten aus eigenem Antrieb und ohne externe Beauftragung wissenschaftliche Grundlagen für politisches Handeln erarbeiten („selbstermächtigte“ Politik und Gesellschaftsberatung⁹).

Auch wenn sich wissenschaftliche Politikberatung in erster Linie an politische Akteure richtet („institutionalisiertes Liefern wissenschaftlicher Informationen oder Wissen an politisch Handelnde“¹⁰), lässt sie sich nicht eindeutig von politischer Kommunikation und von Wissenschaftskommunikation trennen. Politikberatung und Gesellschaftsberatung¹¹ gehen fließend ineinander über. Eine strenge Trennung ist weder möglich noch wünschenswert. Gerade in Situationen wie der Corona-Pandemie ist die Transparenz in der Vermittlung von Fakten und Bewertungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig. Wurden Infektionsschutzmaßnahmen und ihre inhaltliche Begründung nicht ausreichend kommuniziert beziehungsweise verstanden, gab es Akzeptanzprobleme. Deshalb ist es angebracht, wissenschaftliches Wissen nicht „exklusiv“ für die Politik zur Verfügung zu stellen, sondern, soweit es möglich ist, öffentlich zu kommunizieren: „In Zeiten von Corona wird der Ruf nach Zugang zu akademischem Wissen, öffentlich zugänglichen Daten und Studien und einer transparenten Kommunikation immer lauter – kurzum, ‚Open Science‘ ist Teil der öffentlichen Debatte geworden.“¹² Die Corona-Podcasts sind ein gutes Beispiel für das große gesellschaftliche Interesse an wissenschaftlicher Erklärung.

Politik- und Gesellschaftsberatung

Was brauchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für gute Politikberatung?

Für gute Politikberatung reicht „wissenschaftliche Seriosität“ allein nicht aus. Von der Wissenschaft wird auch ein „Nachdenken über die politische Robustheit der Beratungsleistung“¹³ erwartet. Schon lange kann sich gute Wissenschaft nicht mehr in einen akademischen Elfenbeinturm zurückziehen. Als gesellschaftliches Subsystem mit zunehmender Bedeutung in modernen, wissensorientierten, technisierten und industrialisierten Gesellschaften muss Wissenschaft mitten in der Gesellschaft stehen und aktiv den Austausch mit anderen Subsystemen suchen. Es wird erwartet, dass sie politikerfahren ist, sodass die Vorschläge, die sie macht, politisch realisierbar sind. Das politisch Machbare darf nicht aus dem Fokus geraten.¹⁴ Das „Beratungswissen“ unterscheidet sich von anderem wissenschaftlichem Wissen: Es muss „sachlich richtig und belastbar und es muss politisch nützlich und realisierbar sein“.¹⁵ Dies bedeutet nicht, dass Wissenschaft Politik betreiben sollte. Die Kompetenzen von Wissenschaft und Politik müssen getrennt bleiben.

Beratungswissen

In der Erwartung der Politik als „Beratungsnehmende“ kommt ergänzend hinzu, dass die wissenschaftliche Politikberatung nicht nur „sach- oder problembezogene Funktionen“

erfüllt, also zur Lösung der sachlichen Probleme beiträgt (zum Beispiel Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung vorschlagen), sondern auch „politische bzw. legitimatorische Funktionen“ hat (zum Beispiel in der Gesellschaft die Maßnahmen der Pandemiebekämpfung argumentativ zu vertreten).¹⁶ „Instrumentelle Problemlösungen“ sind offensichtlich für Politik allein nicht wichtig, sondern nur in Verbindung mit einer „strategischen Funktion“, sodass Politikerinnen und Politiker es als ihren Erfolg verbuchen können.¹⁷ Das Wissen, das in der wissenschaftlichen Politikberatung vermittelt wird, muss also nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch relevant¹⁸ und in politische Prozesse integrierbar sein.¹⁹

Politisch relevantes
Wissen

„Präpolitisches Wissen“ reicht also in der Politikberatung nicht aus. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden nicht nur nach ihrem Wissen gefragt, sondern auch „nach ihrer Positionierung im Rahmen einer politischen Kontroverse“.²⁰ Dies kann nur gelingen, wenn die Aufgaben und Zuständigkeiten von Wissenschaft und Politik klar getrennt bleiben. Es ist nicht Aufgabe der Wissenschaft, Politik zu betreiben. Dem Risiko der Instrumentalisierung der Wissenschaft durch Politik muss durch qualitäts- und transparenzsichernde Regeln vorgebeugt werden. „Wissenschaftliches Wissen“ muss mit „Angelegenheiten von gesellschaftlicher Bedeutung“ verknüpft werden. Beratungsgruppen, in denen nicht nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern auch Vertretungen gesellschaftlicher Gruppen mitarbeiten, spiegeln diese enge Verbindung beispielhaft wider.²¹

Die „Politisierung der Wissenschaft“ (aber auch die „Verwissenschaftlichung der Politik“) sind Gratwanderungen.²² Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen ein Risiko ein, wenn sie sich in einer laufenden Politikdebatte als Beratende öffentlich engagieren. Sie verlassen vertraute Arbeitsgebiete, für die sie ausgebildet wurden – Forschung, Lehre, Transfer – und müssen sich auf die Bedingungen der Politik und des öffentlichen Raumes mit ihren jeweils eigenen Rahmenbedingungen einlassen. In der Corona-Krise führte diese ungewohnte Situation zum Teil zu Frustrationen und Enttäuschungen bei medizinischen Expertinnen und Experten, die öffentlich ihren Rat anboten. Zunächst als Helden gefeiert, gab es heftige und aus wissenschaftlicher Sicht unfaire Kritik durch die Medien. Auch dass der Rat der Wissenschaft von der Politik nicht immer in ausreichendem Maße befolgt wurde, führte zur Ernüchterung. Entscheidend für den Erfolg wissenschaftlicher Politikberatung ist jedoch, dass in der Politik Lernprozesse in Gang gesetzt werden.

Politisierung der
Wissenschaft

Wissenschaft und Politik folgen unterschiedlicher „Logiken“. Soll es eine Zusammenarbeit geben, müssen sich beide Seiten jeweils auf fremdes Terrain wagen. Um eine Instrumentalisierung durch die Politik zu vermeiden, sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an das wissenschaftliche Ethos gebunden, das zum Beispiel Parteilichkeit nicht erlaubt; auch in der Politikberatung müssen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an die Standards guten wissenschaftlichen Arbeitens halten.

Wissenschaftliche Politikberatung ist ein eigenständiger Bereich zwischen Politik und Wissenschaft.²³ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten bereits in ihrer Ausbildung die Grundlagen der Wissenschaftskommunikation und der Politikberatung lernen. Besonders in einer Zeit, in der die gesellschaftliche Bedeutung von Wissenschaft zunimmt und in der sich das Bild der Wissenschaft ändert, in dem nicht mehr der Elfenbeinturm, sondern Open Science zum Leitbild wird, müssen die Curricula angepasst werden.

Beratung als eigen-
ständige Aufgabe

Gleichzeitig muss einer Überforderung von Wissenschaft und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entgegengewirkt werden: In den Forschungseinrichtungen braucht es (über Wissenschafts-PR hinaus) zusätzliche Fachleute für Wissenschaftskommunikation und wissenschaftliche Politikberatung, die den Forschenden zur Seite stehen und sie entlasten.

Schließlich sollten Wissenschaftsakademien, Ressortforschungseinrichtungen und andere Institutionen, die Politikberatung ausdrücklich zu ihren vorrangigen Zielen zählen, in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden. Dazu gehört auch, die politische Unabhängigkeit sicherzustellen, trotz der engen Anbindung zum Beispiel der Ressortforschungseinrichtungen an Ministerien.²⁴

Was brauchen Politikerinnen und Politiker für gute Politikberatung?

Erteilt Politik einen Beratungsauftrag an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und unterwerfen sie sich einer Beratung, offenbaren sie damit eine gewisse „Ratlosigkeit“, die als Schwäche missverstanden werden könnte. Entscheidend ist, dass die Politik die Führung zu keiner Zeit aus der Hand gibt: Sie holt Rat ein, behält sich aber die Umsetzung in politisches Handeln vor.²⁵ Das Primat der Politik bleibt erhalten. Ratsuche ist damit kein Zeichen von Schwäche, sondern von politischer Verantwortung in komplexen Situationen mit ungenügender Information, so wie es in der Corona-Krise offensichtlich wurde. Viele Entscheidungen in der Pandemie, zum Beispiel wenn es um schnelle Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen geht, haben nicht unbedingt die Rückendeckung der medizinischen Beratung, sollten aber in der Abwägung aller politischer Aspekte nachvollziehbar sein. Aufgabe der Politik ist es, solche Abwägungen verantwortungsvoll durchzuführen – und sie so zu kommunizieren, dass sie von der Gesellschaft akzeptiert werden.

Politische
Verantwortung

Es liegt auch in der Hand der Politik, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht aus politischem Kalkül als Expertinnen und Experten sowie Gegenexpertinnen und Gegenexperten gegeneinander ausgespielt werden.²⁶ Hier stehen kurzfristiger parteipolitischer Gewinn gegen eine am Gemeinwohl orientierte Politik.

Politik muss keineswegs die Empfehlungen aus der Wissenschaft strikt umsetzen. Ziel der Beratung ist es vielmehr, dass die Politik in die Lage versetzt wird, eigenständig verantwortliche Entscheidungen zu treffen: „Der Beratene soll also nach der Beratung kompetenter Entscheidungen treffen können als vorher. Somit wäre der Erfolg einer Beratung nicht darin zu sehen, dass eine Empfehlung übernommen wird. Vielmehr ist eine Beratung erfolgreich, wenn die Wahl einer Verhaltensoption der Beratenen nach der Beratung selbstständig aufgrund seiner besseren Problemsicht und den jetzt für ihn sichtbaren und erreichbaren Optionen getroffen wird.“²⁷

Verwissenschaftli-
chung der Politik

Wissenschaftliche Politikberatung führt in der Regel nicht direkt zu einer „Rationalisierung“ der Politik, sondern hat „indirekte Wirkungen durch langfristige Diffusions- und Lernprozesse“.²⁸

Eine „evidenzbasierte Politik“, analog zur „evidenzbasierten Politikberatung“, zeichnet sich also dadurch aus, dass Handlungsoptionen sachlich korrekt beurteilt und daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden, in die wissenschaftlicher Rat, aber auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen einfließen.

Voraussetzung für eine gelingende Beratung ist, dass Politik in der Lage ist, die Problemstellung hinreichend klar zu formulieren. Außerdem bedarf es der Bereitschaft, im Verlauf des Beratungsprozesses die Problemstellung in einem iterativen Verfahren zu justieren.²⁹ Politikerinnen und Politiker müssen zudem wissen, wie Wissenschaft funktioniert, was sie leisten kann und wo sie an Grenzen stößt.

Wer sind Expertinnen und Experten?

Sowohl auf der Nachfrageseite als auch auf der Angebotsseite gibt es eine große Vielfalt von Akteuren und Beratungsformen. Sowohl die Legislative als auch die Exekutive nehmen wissenschaftliche Beratung in Anspruch. Kommissionen und Beiräte sind fest verankerte und auf Dauer angelegte Beratungsinstrumente, Anhörungen in den Parlamenten haben in der Regel einen konkreten politischen Anlass, ebenso Gutachten und Stellungnahmen, die von politischer Seite in Auftrag gegeben werden. Ein großer Teil der Beratungen erfolgt im persönlichen Gespräch und in Hintergrundgesprächen im kleinen Kreis.³⁰

Die Anzahl der fest etablierten Expertengremien im politischen Berlin schwankt von Legislaturperiode zu Legislaturperiode.³¹ Derzeit gibt es etwa 170 Einrichtungen.³²

Auf der wissenschaftlichen Seite nehmen einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Institutionen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Verbände, Organisationen und Fachgesellschaften Aufgaben in der Politikberatung wahr. Hinzu kommen Ressortforschungseinrichtungen, die Ministerien zugeordnet sind, zum Beispiel das Robert Koch-Institut, das in der Corona-Pandemie eine herausragende Rolle spielte. Darüber hinaus engagieren sich auch Stiftungen, Think Tanks, NGOs und andere Organisationen, die selbst nicht zum gesellschaftlichen Subsystem „Wissenschaft“ gehören, aber wissenschaftlichen Standards verpflichtet sind, in der Politikberatung.

Wer als Expertin oder Experte Politik und Öffentlichkeit berät, muss vor allem über Fachwissen verfügen, Kommunikationskompetenz besitzen sowie unabhängig und vertrauenswürdig sein. Als Expertin oder Experte für Politik und Öffentlichkeit gilt, wer zu den Themen, zu denen er beraten soll, selbst forscht. Aber auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in Nachbargebieten arbeiten und ein ausreichendes Hintergrundwissen haben, können zur Politikberatung beitragen.

Oft fällt es Politik und Öffentlichkeit schwer, einzuschätzen, wer als seriöse Politikberatende gelten kann. Einen Anhaltspunkt bietet die wissenschaftliche Reputation, die sich etwa anhand der Anzahl von Veröffentlichungen erkennen lässt. Auch die bisherige Erfolgsbilanz als Beratende, also der Frage, wie gut sich bisher der Expertinnen- und Expertenrat bewährt hat, kann ein Kriterium für die Qualität sein. Darüber hinaus kann für Laien auch das öffentliche Auftreten der Expertin beziehungsweise des Experten, das Verhalten in Diskussionsrunden und die argumentative Stärke in Debatten mit anderen Expertinnen und Experten ein Anhaltspunkt bieten.³³ Gute Forschung und Vertrauenswürdigkeit sind Voraussetzungen für Politikberatung.³⁴

Damit wissenschaftliche Beratung in der Öffentlichkeit akzeptiert wird, muss die Berufung von Expertinnen und Experten in ein Gremium transparent erfolgen und mögliche Interessen, die in der Beratung zu Interessenskonflikten führen können, müssen offengelegt werden.³⁵ Es braucht darüber hinaus transparente Regeln, wie Expertinnen- und Expertengremien arbeiten sollen.³⁶

Beratungsvielfalt

Wer sind gute
Ratgebende?

Auswahlkriterien

Transparenz

Aus der Krise lernen

Wissenschaftliche Politikberatung ist kein neues Phänomen. Die Sars-CoV-2-Pandemie hat jedoch ihre Dringlichkeit bewiesen. Deutschland sollte aus der Corona-Krise lernen:

Weiterentwicklung
des Beratungssystems

- › Wissenschaftliche Politikberatung sollte Bestandteil der akademischen Ausbildung sein, ebenso Wissenschaftskommunikation. Bereits junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen lernen, mit Öffentlichkeit und Politik kompetent und qualitätsorientiert zu kommunizieren.
- › Politik braucht – im Hinblick auf den künftigen Bedarf – eine weitere Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung. Die Grundlagen der Gesellschafts- und Politikberatung sollten daher fester Bestandteil des Studiums werden.
- › Wissenschaftliche Einrichtungen, wie Akademien und Ressortforschungseinrichtungen, zu deren expliziten Aufgaben die wissenschaftliche Politikberatung gehört, sollten ausgebaut und in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden.
- › Darüber hinaus bieten sich strukturelle Verbesserungen im System der wissenschaftlichen Politikberatung an. Ein Chief Scientific Advisor als Mitglied des Bundeskabinetts könnte dazu beitragen, Politik und Wissenschaft enger miteinander zu verzahnen, mehr Transparenz zu gewährleisten und die Qualität der Politikberatung durch Regeln und Standards zu sichern. Vorbild dafür ist etwa das US-amerikanische Modell. Auch in Großbritannien und bei der Europäischen Kommission gibt es solche wissenschaftlichen Chefberaterinnen und -berater mit einer engen Anbindung an die Politik.³⁷ Es sollte diskutiert werden, in welcher Form ein solches Modell in Deutschland übernommen werden könnte.
- › Open Science ist wichtige Voraussetzung für gelingende wissenschaftliche Beratung. Deshalb sind alle Bestrebungen, Wissenschaft und Gesellschaft einander näherzubringen, unterstützenswert. Wissenschaftliche Politikberatung muss transparent sein und mit Wissenschaftskommunikation eng verbunden werden.
- › Mit Blick auf die großen Herausforderungen und die nächsten Krisensituationen sollte Wissenschaft insgesamt gefördert werden. Sie leistet nicht nur Beiträge zur Politikberatung, sondern eröffnet – durch gute Forschung – auch Lösungswege zur Bewältigung der Probleme.

Literatur

- A** Arnold, Norbert: *Präsident Biden stärkt die Wissenschaft. Chief Scientific Advisor – ein Modell für Deutschland?* Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2021.

Arnold, Norbert: *Ein Chief Scientific Advisor für die Bundesregierung!* www.jmwiarda.de, Ausgabe vom 25. Februar 2021.

- B** Böcher, Michael: *Wissenschaftsbasierte Politikberatung auf Abruf. Zur Rolle von Ressortforschungseinrichtungen für Ministerien am Beispiel der Politikberatung des Umweltbundesamtes.* Budrich, Leverkusen 2012.

Buchholz, Kai: *Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung?* Transcript Verlag, Bielefeld.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): *Möglichkeiten und Grenzen politikberatender Tätigkeiten im internationalen Vergleich.* Berlin 2014.

- F** Falk, Svenja et al. (Hrsg.): *Handbuch Politikberatung.* Springer VS, Wiesbaden 2019, 2. Auflage.

- G** Gelfert, Axel: *Die Rolle von Expert*innen in der Öffentlichkeit.* Vortrag im Rahmen eines Online-Workshops „Öffentlicher Diskurs und die Rolle der Wissenschaftskommunikation“ der Hertie School, Berlin, am 13.11.2020.

Gruppe leitender wissenschaftlicher Berater: *Wissenschaftliche Beratung für die europäische Politik in einer komplexen Welt.* Wissenschaftliche Stellungnahme Nr. 7/2019. Brüssel 2019. S. 11.

- H** Heck, Tamara et al.: *Open Science, aber richtig! Was wir aus der Heinsberg-Studie lernen können,* online unter: <https://osf.io/preprints/metaarxiv/54zx2/> (letzter Aufruf: 13.9.2021).

- S** Schenuit, Flix: *Modelle wissenschaftlicher Politikberatung auf dem Prüfstand. Impulse für die Politikwissenschaft aus den Science and Technology Studies.* Arbeitspapier FG EU/Europa, 2017/Nr. 03, April 2017 SWP Berlin.

- V** Vogel, Johannes: „Raus aus der ‚Bubble‘, rein ins Gespräch“. FAZ, 24.2.21.

- W** Weingart, Peter / Lentsch, Justus: *Wissen – Beraten – Entscheiden.* Velbrück, Weilerswist 2008.

Wissenschaftsnetzwerk der Konrad-Adenauer-Stiftung: *Die Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems.* Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2018.

- 1 Peter Weingart, Justus Lentsch: *Wissen – Beraten – Entscheiden*. Velbrück, Weilerswist 2008, S. 10.
- 2 Johannes Vogel: „Raus aus der ‚Bubble‘, rein ins Gespräch“. FAZ, 24.2.21.
- 3 Kai Buchholz: *Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung?* Transcript Verlag, Bielefeld, S. 71.
- 4 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): *Möglichkeiten und Grenzen politikberatender Tätigkeiten im internationalen Vergleich*. Berlin 2014, S. 32.
- 5 Felix Schenuit: *Modelle wissenschaftlicher Politikberatung auf dem Prüfstand. Impulse für die Politikwissenschaft aus den Science and Technology Studies*. Arbeitspapier FG EU/Europa, 2017/Nr. 03, April 2017 SWP Berlin. S. 3.
- 6 Peter Weingart, Justus Lentsch: *Wissen – Beraten – Entscheiden*. Velbrück, Weilerswist 2008, S. 27f.
- 7 Gruppe leitender wissenschaftlicher Berater: *Wissenschaftliche Beratung für die europäische Politik in einer komplexen Welt*. Wissenschaftliche Stellungnahme Nr. 7/2019. Brüssel 2019. S. 11.
- 8 ebd., S. 10.
- 9 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): *Möglichkeiten und Grenzen politikberatender Tätigkeiten im internationalen Vergleich*. Berlin 2014, S. 2.
- 10 Kai Buchholz: *Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung?* Transcript Verlag, Bielefeld, S. 16.
- 11 Peter Weingart, Justus Lentsch: *Wissen – Beraten – Entscheiden*. Velbrück, Weilerswist 2008, S. 45.
- 12 Tamara Heck et al.: *Open Science, aber richtig! Was wir aus der Heinsberg-Studie lernen können*, online unter: <https://osf.io/preprints/metaarxiv/54zx2/> (letzter Aufruf: 13.9.2021), S. 1.
- 13 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): *Möglichkeiten und Grenzen politikberatender Tätigkeiten im internationalen Vergleich*. Berlin 2014, S. 5.
- 14 Peter Weingart, Justus Lentsch: *Wissen – Beraten – Entscheiden*. Velbrück, Weilerswist 2008, S. 16.
- 15 ebd., S. 17.
- 16 ebd., S. 17 und 28.
- 17 ebd., S. 31.
- 18 ebd., S. 17.
- 19 ebd., S. 24.
- 20 Felix Schenuit: *Modelle wissenschaftlicher Politikberatung auf dem Prüfstand. Impulse für die Politikwissenschaft aus den Science and Technology Studies*. Arbeitspapier FG EU/Europa, 2017/Nr. 03, April 2017 SWP Berlin. S. 9.
- 21 ebd., S. 11.
- 22 Felix Schenuit: *Modelle wissenschaftlicher Politikberatung auf dem Prüfstand. Impulse für die Politikwissenschaft aus den Science and Technology Studies*. Arbeitspapier FG EU/Europa, 2017/Nr. 03, April 2017 SWP Berlin. S. 5 (Peter Weingart 2011, S. 140).
- 23 Peter Weingart, Justus Lentsch: *Wissen – Beraten – Entscheiden*. Velbrück, Weilerswist 2008. S. 9.
- 24 Michael Böcher: *Wissenschaftsbasierte Politikberatung auf Abruf. Zur Rolle von Ressortforschungseinrichtungen für Ministerien am Beispiel der Politikberatung des Umweltbundesamtes*. Budrich, Leverkusen 2012.
- 25 Kai Buchholz: *Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung?* Transcript Verlag, Bielefeld, S. 53.
- 26 Axel Gelfert: *Die Rolle von Expert*innen in der Öffentlichkeit*. Vortrag im Rahmen eines Online-Workshops „Öffentlicher Diskurs und die Rolle der Wissenschaftskommunikation“ der Hertie School, Berlin, am 13.11.2020.
- 27 Kai Buchholz: *Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung?* Transcript Verlag, Bielefeld, S. 54.
- 28 Peter Weingart, Justus Lentsch: *Wissen – Beraten – Entscheiden*. Velbrück, Weilerswist 2008. S. 32.
- 29 Gruppe leitender wissenschaftlicher Berater: *Wissenschaftliche Beratung für die europäische Politik in einer komplexen Welt*. Wissenschaftliche Stellungnahme Nr. 7/2019. Brüssel 2019, S. 9.
- 30 Kai Buchholz: *Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung?* Transcript Verlag, Bielefeld, S. 88.
- 31 Svenja Falk et al. (Hrsg.): *Handbuch Politikberatung*. Springer VS, Wiesbaden 2019, 2. Auflage.
- 32 Eigene Recherchen von Leonie Mader.
- 33 Axel Gelfert: *Die Rolle von Expert*innen in der Öffentlichkeit*. Vortrag im Rahmen eines Online-Workshops „Öffentlicher Diskurs und die Rolle der Wissenschaftskommunikation“ der Hertie School, Berlin, am 13.11.2020.
- 34 Gruppe leitender wissenschaftlicher Berater: *Wissenschaftliche Beratung für die europäische Politik in einer komplexen Welt*. Wissenschaftliche Stellungnahme Nr. 7/2019. Brüssel 2019. S. 7.
- 35 ebd., S. 12.
- 36 ebd., S. 12 und 20.
- 37 Wissenschaftsnetzwerk der Konrad-Adenauer-Stiftung: *Die Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems*. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2018. Norbert Arnold: *Präsident Biden stärkt die Wissenschaft. Chief Scientific Advisor – ein Modell für Deutschland?* Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2021. Norbert Arnold: *Ein Chief Scientific Advisor für die Bundesregierung!* www.jmwiarda.de, Ausgabe vom 25. Februar 2021.

Impressum

Der Autor

Norbert Arnold studierte Biologie und Philosophie. Nach Forschungstätigkeiten als Molekularbiologe an den Universitäten in Gießen und Zürich wechselte er 1993 zur Konrad-Adenauer-Stiftung und ist seither in unterschiedlichen Funktionen in der Politikberatung tätig. Er befasst sich vor allem mit Wissenschafts- und Forschungspolitik sowie Lifesciences, Bio- und Medizinethik.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Norbert Arnold

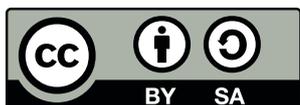
Wissenschaft, Ethik und Technologie
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3551
norbert.arnold@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-981-7



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
© Chris Ryan/KOTO, stock.adobe.com